Gemeinde Gilserberg

Der Gemeindevorstand der Gemeinde Gilserberg
Bahnhofstr. 40 · 34630 Gilserberg

An alle Bürgermeister des
Schwalm-Eder-Kreis

Bahnhofstr. 40
34630 Gilserberg

Tel.: 06696 / 9619-0
Fax: 06696 / 9619-20

gemeinde@gilserberg.de
www.gilserberg.de

Lukas Daum
Bürgermeister
Durchwahl: -16
buergermeister@gilserberg.de

Resolution: Gefährdung unserer Handlungsfähigkeit und unserer Selbstverwaltung

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,

die Gemeindevertretung hat mit Beschluss vom 29.09.2026 den Bürgermeister beauftrag, den diesem Schreiben anhängenden Resolutionstext an Sie zu versenden. Der Gemeindevorstand hat dem Resolutionstext ebenfalls zugestimmt und steht hinter den Anliegen der Resolution.

„Die Gemeinden sind der eigentliche Ort der Wahrheit, weil sie der Ort der Wirklichkeit sind." Dieser Satz des SPD-Politikers Hermann Schmitt-Vockenhausen ist ein halbes Jahrhundert alt und er gilt noch immer. Die Wirklichkeit, die wir in den Kommunen verwalten, ist allerdings erheblich teurer geworden.

Wer wissen will, wie es diesem Land geht, muss nicht nach Berlin fahren. Ein kommunaler Haushaltsplan genügt. Dort steht, ob die Kita saniert wird, ob das Feuerwehrfahrzeug gekauft wird oder ob die mit Schlaglöchern übersäte Straße im Wohngebiet bleibt, wie sie ist. In den kommunalen Haushalten steht seit Jahren derselbe Befund: Den Kommunen geht das Geld aus. Der Kommunalbericht 2025 des Hessischen Rechnungshofs weist ein viermal höheres Finanzierungsdefizit als im Vorjahr aus. Das belastet nicht nur die kommunalen Haushalte, sondern auch diejenigen, die am Ende für

das Zahlenwerk stimmen oder es in der Öffentlichkeit, oftmals ehrenamtlich, vertreten müssen.

Als naheliegende Antwort erscheint: Dann erhöht eben die Hebesätze. Doch das ist unrealistisch: Selbst wenn wir sie verdoppeln würden, wäre das Problem noch immer nicht gelöst. Die alles entscheidende Grundsatzfrage lautet: Kann man Steuern in dem Tempo erhöhen, in dem die Ausgaben steigen? Die ehrliche Antwort lautet: Nein!

Die kommunale Selbstverwaltung ist in Art. 28 des Grundgesetzes „im Rahmen der Gesetze" garantiert. Und die Gesetzgebung ist außerordentlich fleißig. Viel wäre gewonnen, wenn sich jede staatliche Ebene wieder auf ihre originären Aufgaben besänne. Das Grundgesetz beschreibt diese Ordnung sorgfältig. Man müsste sie nur einhalten.

Was fehlt, ist eigentlich bekannt und hat einen kurzen Namen: Konnexität – „wer bestellt, bezahlt“. In Hessen steht dieser Grundsatz sogar in der Landesverfassung. Wenn Ansprüche geschaffen werden, ohne die Rechnung zu übernehmen, klafft die Lücke aber dort, wo sie am wenigsten hingehört: vor Ort.

Dazu kommt ein Fördermittelregime, das gut gemeint ist, aber schlecht wirkt. Fördermittel binden Personal, Beratungshonorare und Zeit, ehe der erste Bagger rollt. Am Ende bekommt das Geld nicht immer, wer es am nötigsten braucht, sondern wer die schönsten Anträge schreibt oder am schnellsten ist. Ein unterstützenswerter Vorschlag: Förderprogramme auf Nischen und echte Spezialfälle beschränken und die Mittel im Übrigen direkt in die allgemeine Finanzausstattung der Kommunen geben. Dazu eine ernsthafte Entschuldung. Das wäre kein Geschenk an die Kommunen, sondern die Wiederherstellung unserer Handlungsfähigkeit.

Denn der Investitionsstau ist kein Betriebsunfall, sondern das Ergebnis jahrelangen Sparens an Immobilien, Leitungen und Brücken. Dass es lange gut ging, obwohl die Aufgaben immer weiter anwuchsen, lag an der Vernachlässigung der Investitionen. Die Rechnung kommt jetzt.

Gemeinde Gilserberg

Das hat Folgen über die Zahlen hinaus. Wo nur noch Mangel verwaltet wird, gerät die Daseinsvorsorge unter Druck. Ohne Gestaltungsspielraum verliert kommunale Demokratie zudem ihre Anziehungskraft. Man versuche einmal, junge Menschen für die Kommunalpolitik zu gewinnen mit dem Versprechen, künftig zwischen zwei unangenehmen Streichungen wählen zu dürfen. Am Ende gewinnen die, die einfache Antworten anbieten.

Was gebraucht wird ist politischer Realismus und die gemeinsame Suche nach Lösungen über Ebenen und Parteigrenzen hinweg. Wir bleiben zuversichtlich. Unsere Gemeinden leben von Feuerwehren, Vereinen, Nachbarschaft und Menschen, die anpacken, bevor jemand nach der Zuständigkeit fragt. Diese Substanz ist da. Sie verdient Rahmenbedingungen, die ihr gerecht werden.

Mit freundlichen Grüßen

Lukas Daum

Bürgermeister

Verteiler

MdB Dr. Phillip Rottwilm
Bundeskanzler Friedrich Merz
Bundesminister des Inneren Alexander Dobrindt
Bundesminister der Finanzen Lars Klingbeil
MdL Günther Rudolf
MdL Christin Ziegler
MdL Christoph Sippel
MdL Wibke Knell
Ministerpräsident Boris Rhein
Hessischer Staatsminister des Inneren Prof. Dr. Roman Poseck
Hessischer Staatsminister der Finanzen Prof. Dr. R. Alexander Lorz
Vorsitzender des Kreistages Prof. Dr. Edgar Franke
Landrat Winfried Becker
Präsident des HSGB Bürgermeister Markus Röder
Vorsitzender HSGB-Kreisgruppe Bürgermeister Luca Fritsch

Am 29.09.2026 fasste die Gemeindevertretung der Gemeinde Gilserberg folgenden einstimmigen Beschluss:

Die Gemeindevertretung der Gemeinde Gilserberg sieht die Handlungsfähigkeit der Kommune erheblich gefährdet. Von Hebetermin zu Hebetermin wird deutlich, dass die Ausgaben die Einnahmen übersteigen. Der Liquiditätskredit könnte schon bald nicht mehr ausreichend sein, um Verpflichtungen nachzukommen.

In dieser Situation ist die Gemeinde Gilserberg nicht selbstverschuldet. Wir sparen. Unser Haushalt weißt keine freiwilligen Leistungen mehr auf, die die Gemeindevertretung bereit ist aufzugeben. Wir, die Gemeindevertretung, der Gemeindevorstand und der Bürgermeister der Gemeinde Gilserberg, sind keine Mangelverwalter. Alle haben ihr Amt angetreten, um ihre Heimat zu gestalten. Die kommunalpolitischen Gremien dürfen nicht ausschließlich nach betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkten handeln. Die Gremien haben auch eine politische Verantwortung dafür, dass Kinder ermöglicht wird schwimmen zu lernen, dass ein Hausarzt vor Ort ist und die Menschen Begegnungsstätten haben, um ein Miteinander zu leben.

Die Gemeindevertretung fordert daher die verschiedenen Akteure auf, um den verheerenden kommunalen Realitäten Rechnung zu tragen.

Wir fordern den Bund auf:

1. Halten Sie die Konnexität ein. Kein Gesetz, kein Standard und kein Rechtsanspruch mehr ohne die Finanzierung, die dazugehört, auch dann nicht, wenn die Last über die Länder bei uns ankommt. Nicht nur 80% für die Zukunft, sondern 100% für alle übertragenen Aufgaben.
2. Beteiligen Sie sich dauerhaft und automatisch steigend an den Sozialleistungen. Wir sind davon überzeugt, dass diejenige Ebene, die eine Leistung bundesweit festlegt, diese auch bundesweit mitfinanzieren muss.
3. Lassen Sie uns mit dem Sondervermögen arbeiten. Pauschale Zuweisung statt Einzelnachweis, mehrjährige Sicherheit statt Tranchen, Vertrauen statt Kontrolle.

Wir fordern das Land Hessen auf:

1. Wenden Sie das Konnexitätsprinzip der Hessischen Verfassung tatsächlich an und bessern Sie nach, wenn sich, wie bei der Beteiligung an den Kita-Kosten, die Kosten weiterentwickeln.
2. Berücksichtigen Sie Fläche, Ortsteile und Straßenkilometer im Kommunalen Finanzausgleich angemessen.
3. Geben Sie uns Geld statt Programme. Weniger Anträge, weniger Fristen, weniger Doppel- und Dreifachprüfungen, dafür verlässliche Mittel über mehrere Jahre.
4. Räumen Sie gemeinsam mit den kommunalen Spitzenverbänden im Melde- und Berichtswesen auf.

Wir fordern den Schwalm-Eder-Kreis auf:

Treten Sie mit uns gemeinsam gegenüber Land und Bund auf, statt Lasten nach unten weiterzureichen. Wir dürfen als kommunale Ebene nicht für den fehlenden Mut zu Reformen verantwortlich gemacht werden. Eine Erhöhung der Kreisumlage, auch nur um einen Prozentpunkt, kann unser kommunaler Haushalt nicht ohne massive Erhöhung der Grundsteuer kompensieren.

Wir fordern den Hessischen Städte- und Gemeindebund auf:

1. Prüfen Sie den Rechtsweg, wenn kreisangehörige Gemeinden ihre finanzielle Mindestausstattung nicht mehr erreichen.
2. Organisieren Sie mit Ihren Mitgliedskommunen und Schwesterverbänden nachhaltige Aktionen, um das Thema der kommunalen Handlungsfähigkeit immer wieder zu platzieren. Sie können sich der Unterstützung ihrer Mitglieder sicher sein.

Wir fordern die Kommunen im Schwalm-Eder-Kreis und darüber hinaus auf:

Schließen Sie sich unserem Aufruf an, um die tragische Situation in unseren Kommunen zu verdeutlichen. Die Gemeinde Gilserberg ist nicht die einzige Kommune, deren

Handlungsfähigkeit jetzt oder in naher Zukunft gefährdet ist. Die kommunale Ebene in Deutschland verzeichnete 2025 das höchste Finanzierungsdefizit seit 1990. Setzen Sie mit uns ein Zeichen und schließen sich dieser Resolution an.

Wir werden auch künftig unseren Teil leisten. Wir werden weiter sparsam wirtschaften, weiter auf das Ehrenamt bauen und weiter jeden Euro zweimal umdrehen. Was wir nicht mehr leisten können, ist der Ausgleich für Entscheidungen, an denen wir nicht beteiligt waren.

Wir bitten Sie um eine schriftliche Stellungnahme bis zum 15.10.2026. Und wir laden Sie ein, nach Gilserberg zu kommen. Wir zeigen Ihnen unsere Straßen, unsere Feuerwehrhäuser und unsere Bücher. Wir erläutern Ihnen, welche Herausforderungen dringend angepackt werden müssten und wofür schlicht die Mittel fehlen.

Mehrtach Grösser
Vorsitzender der Gemeindevertretung

Timo Franke
Vorsitzender CDU-Fraktion

Bernd Vaupel
Vorsitzender BLH-Fraktion

Martin Dippel
Vorsitzender SPD-Fraktion